

Protokoll

Sitzung des Gesamtvorstandes vom 11. Dezember 2013

Beginn: 15:12 Uhr
Ende: 17:25 Uhr

Anwesend:

Herr Dr. Mollnau
Frau Dr. Hofmann
Herr v. Wedel
Herr Häusler
Herr Dr. Steiner
Herr Dr. Auffermann
Frau Blum
Frau Delerue ab 15:30 Uhr
Frau Erdmann
Frau Eyser
Herr Feske ab 16:03 Uhr
Herr Gustavus
Frau Dr. Hadamek
Frau Helling
Herr Isparta
Herr Jede ab 16:08 Uhr
Frau Kunze ab 17:15 Uhr
Herr Meyer
Herr Plassmann ab 16:35 Uhr
Herr Rudnicki
Herr Samimi
Frau Silbermann
Herr Ülkekul
Frau Dr. Unterberger
Herr Weimann
Herr Wesser
Frau Zecher

Frau Pietrusky
Herr Schick

Entschuldigt nicht erschienen sind die Vorstandsmitglieder Herr Ehrig und Herr Dr. v. Kiedrowski. Unentschuldig fernbleibend (§ 14 Abs. 1 S. 2 GO-GV): niemand.

TOP 1

Genehmigung des Protokolls der GV-Sitzung am 13. November 2013 und Beschlussfassung über die Fassung für die Homepage

Um 15:15 Uhr wird beschlossen:

Das Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes vom 13. November 2013 wird genehmigt.

(mehrheitlich, 3 Enthaltungen)

Um 15:16 Uhr wird beschlossen:

TOP 3b, TOP 4 und TOP 5 des Protokolls der Sitzung des Gesamtvorstandes vom 13. November 2013 werden gemäß § 8 Abs. 4 S. 1 GO-GV nicht veröffentlicht.

(einstimmig)

TOP 2

Personelle Besetzung des Anwaltsgerichtshofs

- Keine Veröffentlichung gem. § 8 Abs. 4 S.1 GO-GV -

Nach einer Aussprache und sodann erfolgten einzelnen Abstimmung über die Besetzung der jeweiligen Listenplätze wird im Ergebnis folgende Vorschlagsliste beschlossen:

- 1. Rechtsanwalt Martin Dahlmann-Resing**
- 2. Rechtsanwältin Kirstin Linß.**

TOP 3

Bericht von der 55. Präsidentenkonferenz der BRAK vom 5. Dezember 2013

Der Präsident berichtet, dass auf der Präsidentenkonferenz zunächst BRAK-Präsident Filges den Tätigkeitsbericht abgegeben habe. Der Versuch, Einfluss auf die Koalitionsverhandlungen von SPD und CDU/CSU zu nehmen, sei offenbar nicht sehr erfolgreich gewesen.

Der Präsident teilt mit, dass er anschließend die Erklärung der RAK Berlin, des BAV und der Steuerberaterkammer für einen wirksamen Schutz vor digitaler Ausspähung vorgestellt habe.

Nach intensiver Diskussion habe die Konferenz sich mehrheitlich für einen Austritt aus dem Bundesverband Freier Berufe ausgesprochen und noch am selben Tag sei die Kündigung zum 31.12.2014 erklärt worden. Am 10. Dezember 2013 habe eine außerordentliche Mitgliederversammlung des BFB stattgefunden, auf der ein neuer Präsident und mit Prof. Ewer der DAV-Präsident zum Vizepräsidenten gewählt worden sei. Auch der Präsident der RAK Celle, Dr. Remmers, sei zum Vizepräsidenten gewählt worden. Es werde nun versucht, eine neue Struktur des Verbandes aufzubauen.

Im Anschluss sei die berufspolitische Agenda für die 18. Legislaturperiode beschlossen worden. Auf seinen Vorschlag hin sei die Mediationskostenhilfe mit aufgenommen worden.

Das BRAK-Präsidium habe weiterhin für die Gestaltung des elektronischen Rechtsverkehrs eine hohe Kostenschätzung abgegeben. Im kommenden Jahr seien noch keine Umlagen notwendig, aber ab 2015 müssten nach dieser Schätzung bis zu 60,00 Euro pro Kammermitglied im Jahr überwiesen werden. Der Gesamtvorstand werde sich damit voraussichtlich im Januar beschäftigen.

TOP 4

Vorstellung des Arbeitsergebnisses des Ausschusses Briefwahl

Der Präsident teilt mit, dass sich der Ausschuss aufgrund des Prüfauftrages der Kammerversammlung mit der möglichen Gestaltung einer Briefwahl bei der Vorstandswahl beschäftigt habe. Ein Vorstandsmitglied stellt den Vorschlag des Ausschusses vor und bezieht sich dabei auf die Anlage zu TOP 4.

Der Ausschuss schlägt die Kombination einer Briefwahl vor der Kammerversammlung mit einer Präsenzwahl auf der Kammerversammlung vor und spricht sich dafür aus, die Stimmen der Briefwahl zusammen mit den Stimmen der Präsenzwahl auf der Kammerversammlung auszählen zu lassen und auf die elektronische Abstimmung auf der Kammerversammlung zu verzichten.

Wegen der Briefwahl seien dann Spontankandidaturen auf der Kammerversammlung leider nicht mehr möglich.

Es sei damit zu rechnen, dass sich die BRAK-HV im Mai 2014 mit der Briefwahl beschäftigen werde. Der BRAO-Ausschuss werde vermutlich eine Öffnungsklausel für die Briefwahl vorschlagen.

Ein Vorstandsmitglied schildert anschließend das Wahlverfahren der Rechtsanwaltskammer Paris. 2003 sei dort die Briefwahl ermöglicht worden, im Jahr 2010 sei vollständig auf das elektronische Wahlverfahren umgestellt worden. Die Wahlbeteiligung sei in Paris erheblich gestiegen, es sei aber nicht zu erheblichen Änderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes gekommen.

Für den Ausschuss erklärt ein Vorstandsmitglied, dass die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts an das elektronische Wahlverfahren so hoch seien, dass der Ausschuss einen solchen Vorschlag nicht entwickelt habe.

Der Vorstand diskutiert anschließend kontrovers über den Vorschlag des Ausschusses. Mehrere Vorstandsmitglieder sprechen sich gegen die Kombination von Brief- und Präsenzwahl aus. Die Kammerversammlung habe sich gegen eine solche Kombination ausgesprochen, da der Auszählungsmodus zu einer Verlängerung der Kammerversammlung führe und diese unattraktiv mache. Darüber hinaus sei problematisch, dass die Briefwahl zu einem Zeitpunkt stattfinde, da der bisherige Vorstand noch nicht entlastet sei und dass die Wahlbeteiligung bei der Vorstandswahl dann stets deutlich höher sei als bei anderen wichtigen Abstimmungen, die nur auf der Kammerversammlung stattfänden. Weiterhin wird betont, dass die Legitimität der Wahl deutlich höher sei, wenn sie auf einer Vorstellung der Kandidaten in der Kammerversammlung beruhe.

Andere Vorstandsmitglieder sprechen sich für das vorgestellte Modell aus und weisen darauf hin, dass die damit zu erwartende höhere Wahlbeteiligung zu einer größeren demokratischen Legitimation der Vorstandsmitglieder führe.

Ein Vorstandsmitglied schlägt vor, die Briefwahlunterlagen bereits vormittags auszu zählen, damit es nicht zu einer Verzögerung der Kammerversammlung komme.

Um 16:50 Uhr wird der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt:

über den Vorschlag des Ausschusses „Briefwahl“ nicht abzustimmen.

(mehrheitlich NEIN-Stimmen, 6 JA-Stimmen, 4 Enthaltungen)

Um 16:52 Uhr wird der Antrag abgelehnt,

dass das heute von dem Ausschuss „Briefwahl“ vorgelegte Arbeitsergebnis als Vorschlag des Gesamtvorstandes der Kammerversammlung vorgelegt wird.

(mehrheitlich NEIN-Stimmen, 6 JA-Stimmen, 3 Enthaltungen)

TOP 5

Erklärung der RAK zur NSA-Affäre

Der Präsident berichtet, dass sich der Berliner Anwaltsverein und die Steuerberaterkammer Berlin der Erklärung der RAK Berlin zur NSA-Affäre angeschlossen hätten. Die Notarkammer habe trotz Zustimmung des Präsidiums der Notarkammer nicht zugestimmt. Das Präsidium der BRAK habe die Erklärung unterstützt.

Der Präsident ergänzt, dass er auf der Satzungsversammlung die Erklärung zur NSA-Affäre vorgestellt und der Satzungsversammlung vorgeschlagen habe, sich anzuschließen. Die Satzungsversammlung habe aber eine eigene Erklärung abgegeben, dessen Inhalt teilweise fragwürdig sei.

TOP 6

Bericht aus der Präsidiumssitzung

- Keine Veröffentlichung gem. § 8 Abs. 4 S.1 GO-GV -

Weiterhin teilt der Präsident mit,

- dass die Festgabe der RAK Berlin aus Anlass der Verleihung des Ludovic-Trarieux-Preises 2012 mit dem Titel „Menschenrechte und die Rolle des Anwalts“ vor kurzem im Boorberg-Verlag erschienen sei. Im Präsidium sei der Menschenrechtsbeauftragte heute gebeten worden, in der Februarsitzung 2014 die weitere Planung der Öffentlichkeitsarbeit für das Buch vorzustellen.
- dass das Präsidium darüber hinaus nebenamtliche Prüfer beim GJPA vorgeschlagen habe.
- dass in der heutigen Präsidiumssitzung ein Vorstandsmitglied Vorschläge für die Verbesserung des Ausbildungsauftritts der RAK Berlin vorgelegt habe und dabei mit der Notarkammer zusammenarbeite.

Der Präsident ergänzt, dass das Oberstufenzentrum Recht einen Namen sucht und die Vorstandsmitglieder per E-Mail die bisherigen Vorschläge erhalten werden.

TOP 7

Umsetzung der Beschlüsse und Bericht über Gespräche, Tagungen und Veranstaltungen

Umsetzung:

- Der Präsident teilt mit, dass dem Anfragenden die auf der letzten Gesamtvorstandssitzung angeforderten Auskünfte aus den Personalakten der Mitarbeiter erteilt worden seien.

Bericht:

Der Präsident berichtet,

- dass am 13. November 2013 der Empfang für die neu zugelassenen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte in den Räumen der Geschäftsstelle stattgefunden habe;
- dass ein Vorstandsmitglied am 15. November am Kammerrechtstag 2013 sowie am Begrüßungsabend zuvor teilgenommen habe;

- dass er am 15. November gemeinsam mit zwei weiteren Vorstandsmitgliedern an der 9. Jahrestagung des Instituts für Anwaltsrecht an der HU teilgenommen und ein Grußwort gesprochen habe;
- dass zwei Vorstandsmitglieder und er am 19. November an einer Veranstaltung der FAZ zum Thema „Wieviel Deutschland braucht Europa?“ teilgenommen haben;
- dass zwei Vorstandsmitglieder zusammen mit einem Geschäftsführer und einer Mitarbeiterin der Geschäftsstelle am 29. November am 8. Erfahrungsaustausch zu den Fachanwaltschaften teilgenommen haben;
- dass er am 29. November am DAV-Forum Menschenrechte teilgenommen habe;
- dass zwei Vorstandsmitglieder am 3. Kongress der HUK-Coburg Rechtsschutzversicherung am 29. November teilgenommen haben;
- dass mehrere Vorstandsmitglieder und ein Geschäftsführer an einem Gespräch mit der Senatorin Kolat zur Ausbildungssituation der Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten teilgenommen haben;
- dass am 02. Dezember ein Medientraining auf der Geschäftsstelle mit einigen Vorstandsmitgliedern und einem Geschäftsführer stattgefunden habe;
- dass ebenfalls am 02. Dezember abends eine Diskussionsveranstaltung zu den Strafverfahren gegen Anwältinnen und Anwälte in der Türkei stattgefunden habe, an der er zusammen mit einem weiteren Vorstandsmitglied teilgenommen habe;
- dass er am 04. Dezember im Rechtsausschuss des Abgeordnetenhauses zum Thema Diskriminierung im Gerichtssaal zur Kopftuchfrage angehört worden sei;
- dass zwei Vorstandsmitglieder am 05. Dezember eine Delegation türkischer Richter und Ministerialbeamte aus Anlass eines Projektes des IRZ in den Räumen der Geschäftsstelle empfangen habe;
- dass er am 05. Dezember an der 55. Präsidentenkonferenz in Berlin teilgenommen habe;
- dass ein Vorstandsmitglied am 05. Dezember an der Verleihung des Ludovic-Trarieux-Preises in Paris teilgenommen habe;
- dass drei Vorstandsmitglieder vom 04. bis 06. Dezember an der Rentrée du Barreau de Paris teilgenommen haben;
- dass die 5. Sitzung der 5. Satzungsversammlung vom 06. bis 07. Dezember in Berlin stattgefunden habe.

Der Präsident ergänzt, dass die Satzungsversammlung vorbehaltlich der Zustimmung des BMJ § 23 BORA ergänzt und die Einführung des 21. Fachanwaltstitels auf dem Gebiet des Internationalen Wirtschaftsrechts beschlossen habe; ferner sei beschlossen worden, die Fortbildungsverpflichtung der Fachanwälte von 10 auf 15 Stunden zu erhöhen, wobei 5 Stunden durch Selbststudium mit nicht notwendigerweise erfolgreicher Lernerfolgskontrolle erbracht werden könnten. Ein Vorstandsmitglied erläutert, dass Teil des Beschlusses auch sei, in Zukunft auch solche Fortbildungsveranstaltungen nach § 15 FAO anzuerkennen, die vor Nichtjuristen als Dozentin oder Dozent gehalten würden.

Ein anderes Vorstandsmitglied ergänzt, dass auf der Satzungsversammlung eine Fortbildungsverpflichtung aller Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte von 40 Stunden vorgeschlagen worden sei, wovon 10 Stunden nachgewiesen werden müssten. Bei Fachanwältinnen und Fachanwälten sollte die Fortbildungsverpflichtung um 5 Stunden gesenkt werden.

Ein Vorstandsmitglied berichtet, dass sich auf dem Kammerrechtstag ergeben habe, dass nun auch im anglo-amerikanischen Raum Kammern gegründet würden und dies für einen erfreulichen Richtungswechsel spreche.

Ein Vorstandsmitglied weist darauf hin, dass der erste Preisträger des Ludovic-Trarieux-Preises der kürzlich verstorbene Nelson Mandela sei, an den in Paris in besonderer Form erinnert worden sei.

Der Präsident weist darauf hin, dass die amtierende Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger am 10. Dezember 2013 die Festansprache auf der menschenrechtlichen Veranstaltung gehalten habe, die die RAK Berlin zusammen mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte und dem Menschenrechtsausschuss der BRAK ausgerichtet habe. Die Bundesjustizministerin habe dabei die besondere Arbeit des Menschenrechtsbeauftragten für den Ludovic-Trarieux-Menschenrechtspreis gelobt.

Ein Vorstandsmitglied teilt mit, dass das GJPA dringend anwaltliche Prüferinnen und Prüfer und für das Strafrecht und das Öffentliche Recht Klausuren und mündliche Vorträge benötige und dies an geeignete Kolleginnen und Kollegen weitergegeben werden könne.

Der Präsident schließt die Sitzung um 17:25 Uhr.

Berlin, 22. Dezember 2013

Dr. jur. Mollnau
Präsident

v. Wedel
Vizepräsident

Tagesordnung
für die Sitzung des Gesamtvorstandes
am 11. Dezember 2013

Gesamtvorstand
Abteilung I, II, III, IV, V und VI

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: ca. 17:15 Uhr

TOP	Thema	Uhrzeit	Berichterstatter
1	Genehmigung des Protokolls der GV-Sitzung am 13. November 2013 und Beschlussfassung über die Fassung für die Homepage	15:00	
2	Personelle Besetzung des Anwaltsgerichts hier: Amtszeitende Rechtsanwalt Martin Dahlmann-Resing – Liste anbei –	15:05	
3	Bericht von der 55. Präsidentenkonferenz vom 05. Dezember 2013 - Tagesordnung anbei -	15:15	
4	Vorstellung des Arbeitsergebnisses des Ausschusses „Briefwahl“ - Vermerk anbei -	15:35	
5	Erklärung der RAK zur NSA-Affäre hier: Sachstandsbericht	16:35	
6	Bericht aus der Präsidiumssitzung	16:50	
7	Umsetzung der Beschlüsse und Bericht über Gespräche, Tagungen und Veranstaltungen	17:00	
8	Verschiedenes	17:15	

Die Mitteilung dieser Tagesordnung gilt zugleich als Ladung zu den regelmäßig im Anschluss an die Sitzung des Gesamtvorstandes stattfindenden Abteilungssitzungen.